

Sollen die Einnahmen aus der Geldspielabgabe zugunsten der AHV zweckgebunden werden?



Die Vaterländische Union (VU) hat die Liechtensteiner Regierung mittels einer Motion dazu aufgefordert, die Einnahmen aus der Geldspielabgabe zu nutzen und in die Stabilisierung der AHV zu investieren. In der Schweiz wird ein Teil der **Staatseinnahmen aus den Geldspielabgaben** bereits zweckgebunden zugunsten von Sozialwerken verwendet.



Georg Kaufmann
Fraktionssprecher der
Freien Liste (FL)

Die Sicherheit unserer AHV an Casinoeinnahmen koppeln? Nein, unter keinen Umständen. Die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln für notwendige Massnahmen im Bereich der sozialen Wohlfahrt darf nicht von der Existenz und den Einnahmen aus der Spielbankentätigkeit abhängig gemacht werden. Falls die AHV zusätzliche Beiträge zu ihrer Finanzierung benötigt, und alles deutet darauf hin, dann wird dies der Landtag im Rahmen der Gesetzgebung über den normalen Budgetprozess diskutieren und entscheiden. Eine Zweckbindung von «Casinoeinnahmen für einen guten Zweck» dient mei-

AHV darf nicht davon abhängen,,

nes Erachtens einzig dazu, kritische Geister zu überzeugen und die Bevölkerung zu beruhigen. Für mich ein weiteres Zeichen dafür, in welchem Dilemma jene Politiker stecken, die für das Casino-Desaster verantwortlich sind. Ich werde einer derartigen Zweckbindung jedenfalls nicht zustimmen.



Herbert Elkuch
Mitglied der Demokraten pro
Liechtenstein (DpL)

Die Sicherung der AHV muss bei konjunkturbedingten tiefen Beiträgen der Wirtschaft aus der Staatskasse erfolgen. In der derzeitigen Hochkonjunktur müssten die Beiträge aus «Löhnen» reichen. Sie sind jedoch seit 2003 zu tief. Mehr als die Hälfte der AHV-Versicherten lebt und wohnt im Ausland. Liechtensteiner Staatsbeiträge, zum Beispiel eine zweckgebundene Geldspielabgabe, begünstigen im Ausland wohnende AHV-Versicherte, deren Staat keine Staatsbeiträge an die Liechtensteiner AHV bezahlt. Die Renten sind jedoch für In- und Ausländer gleich hoch. In Liechtenstein wohnhafte Rentner bekommen keine höhere Rente, weil sie Lohn- und Staatsbeiträge beisteuern.

Der Wunsch der 85 Prozent Ja-Stimmenden in der Vaterlandumfrage, ein Teil der Casino-Geldspielabgabe möge der AHV (Rente?) zugutekommen, erzielt via Landeskasse die bessere Wirkung. Die Geldspielabgabe mit einem Anteil für die AHV kann wie bis anhin in die Landeskasse fliessen und von dort aus direkt den in Liechtenstein wohnhaften Rentnern zugestellt werden in Form zum Beispiel einer Gratifikation. Damit kommt der AHV-Anteil der Geldspielabgabe zu 100 Prozent den Rentnern in Liechtenstein zugute und verbleibt in unseren Geldkreislauf. Das ist keine Schikane gegenüber den 15 320 im Ausland lebenden AHV-Rentenbezüglern. Die liechtensteinische Jahresrente ist ohnehin höher als die Schweizer Rente, dazu kommt, dass je nach Staat die Lebenskosten tiefer als bei uns sind.



Harry Quaderer
Landtagsabgeordneter
der Unabhängigen (DU)

Eigentlich eine sehr paradoxe Geschichte, auf die sich die VU da einlässt. Auf der einen Seite wollen sie ein Casino-Moratorium, auf der anderen Seite soll der Rubel, der da rollt, in die AHV Kasse rollen. Auf einmal erkennen sie das Gute im Bösen. Ein Schelm, wer dabei etwas Populistisches entdeckt. Unsere Regierung, und auch der Landtag haben sich gegenüber Zweckbindungen von «Sondereinnahmen» immer wieder skeptisch verhalten. Die VU sah das bisher auch so - woher der Sinneswandel?

Woher der Sinneswandel?,,

Wer kommt für die vermehrt auftretenden Sozialfälle wegen Spielsucht zum Handkuss? Das würde dann wohl wieder aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt? Wäre das fair? Dieser Vorstoss tönt natürlich sehr verlockend und in Anbetracht der anstehenden Wahlen muss man kein politischer Prophet sein, um zu sehen, worauf die VU abzielt.

Es wird sicherlich eine tolle Diskussion im Landtag.



Elfried Hasler
Landtagsabgeordneter FBP

Nein. Eine solche gesetzliche Zweckbindung von Steuereinnahmen würde den bereits heute stark eingeschränkten finanzpolitischen Handlungsspielraum des Landtages noch weiter einschränken. Der Landtag soll den Staatsbeitrag an die AHV unabhängig von schwankenden Casino-Einnahmen festlegen und dabei auch berücksichtigen, dass ein grosser Teil des Staatsbeitrages an die AHV an Rentner im Ausland exportiert werden muss.

Würde Spielraum einschränken,,

Der Landtag wird ohnehin in einer der nächsten Landtagssitzungen die Ergebnisse der aktuell laufenden finanziellen Prüfung der AHV beraten. Sollte sich dabei tatsächlich Handlungsbedarf zeigen, wären neben dem Staatsbeitrag auch eine Reihe anderer Optionen ernsthaft zu prüfen. Dabei ist die Ausgangslage in Liechtenstein im Gegensatz zur Schweiz aufgrund der vergleichsweise äusserst soliden Finanzlage der liechtensteinischen AHV eine völlig andere.

Mit diesem durchsichtigen politischen Manöver über den «guten Zweck» die Casinodiskussion im Sinne eines Ablasshandels zu entschärfen und gleichzeitig den Rentnern Hoffnung auf eine Rentenerhöhung zu machen, ist für mich unseriös.



Christoph Wenaweser
Landtagsabgeordneter VU

Wie sichern wir die AHV, wäre richtig gefragt! 2018 hat sie 250 Millionen aus Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingenommen und 297 Millionen an Renten ausbezahlt. Das daraus entstandene Primärdefizit von 47 Millionen wird von der Demografie getrieben Jahrzehnte weiterwachsen. Der zu tiefe Staatsbeitrag von fixen 30 Millionen pro Jahr hilft, dieses immer weniger abzudecken. Wenn dann auch noch wie letztes Jahr die Anlagemärkte oder die Beitragsseite konjunkturbedingt einbrechen, geht es an die Reserven. Anlässlich der AHV-Revision 2016 hat die VU-Fraktion für ein Modell gekämpft, das den Staatsbeitrag kalkulierbar an die Entwicklung dieses Primärdefizits koppelt. Ein wirtschaftlich angemessener Kompromiss, mit dem der Staat solidarischer zu seinem wich-

Wie sichern wir die AHV?,,

tigsten Sozialwerk, den Versicherten und Rentenbezüglern geblieben wäre, als er es heute ist. Ein solches Modell bevorzuge ich gegenüber einer weniger zielgerichteten Zweckbindung der Geldspielabgaben weiterhin. Sichern tun wir die AHV aber erstrangig durch eine leistungsfähige, Vollbeschäftigung bietende Wirtschaft, zu der wir Sorge tragen müssen!